



September 2026

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTE

Nach Angaben von *borderline-europe* kamen im September 2026 **2.741** Menschen auf der Flucht auf dem Seeweg in Italien an. Das entspricht einem Rückgang von **5 %** im Vergleich zu den Zahlen vom August dieses Jahres und einem deutlichen Rückgang von **63 %** im Vergleich zu den Zahlen vom September 2025.

Der Großteil der Menschen, **2.091** Personen (**7 %**)¹, kam in Sizilien an, vor allem auf Lampedusa. **43** Personen (**1 %**) kamen in Kalabrien und **321** (**12%**) Personen kamen auf Sardinien an. Weitere **134** (**5 %**) Personen kamen in Apulien an, **75** (**3%**) in Kampanien und **77** (**3%**) Personen in der Toskana.

Nach unseren Aufzeichnungen wurde bestätigt, dass **1.676** Personen (**61%**) von italienischen Behörden gerettet wurden. Insgesamt wurden **481** Menschen (**18%**) von zivilen Seenotrettungsorganisationen gerettet. Nach Angaben von *borderline-europe* war Frontex im September an der Rettung von **14** Personen (**~1%**) beteiligt. Weitere **44** (**~1%**) Menschen wurden von Handelsschiffen gerettet und **309** (**11%**) erreichten die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste) selbstständig, ohne zuvor abgefangen oder gerettet worden zu sein. Für **217** Personen (**8%**) lagen keine Informationen über die Art ihrer Ankunft oder Rettung vor. Nach offiziellen Angaben des italienischen Innenministeriums kamen in diesem Monat **3.329** Menschen in Italien an. Wir konnten für den September deutlich niedrigere Ankunftszahlen dokumentieren. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass uns weder die Hintergrundinformationen noch die Quellen zu den vom Innenministerium veröffentlichten Zahlen zugänglich sind.

Überblick über die von <i>borderline-europe</i> ² erhobenen Daten	
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Italien über den Seeweg	2741
Ankünfte von Menschen auf der Flucht in Sizilien	2091
Rettungen durch italienische Behörden und Frontex	1690
Rettungen durch NGOs	481
Eigenständige Ankünfte von Menschen auf der Flucht	309
Rettungen durch Handelsschiffe	44
Ankünfte ohne Informationen zum Ankunfts- oder Rettungsverlauf	217

¹ Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle genannten Prozentangaben auf die Gesamtzahl der Menschen, die in diesem Monat auf dem Seeweg in Italien angekommen sind

² Die Angaben erfolgen ohne Gewähr, da die Zahl der nicht gemeldeten Fälle deutlich höher sein könnte

Routen nach Europa

Die Transitländer Libyen, Tunesien und Algerien sind die wichtigsten Ausgangspunkte für die Überfahrt nach Italien. Im September kamen mindestens **1.556 (56%)** aus Libyen in Italien an. **38 (1%)** von ihnen kamen in Malta an. Weitere **168 Personen (6%)** erreichten Italien aus Tunesien³. Bei **1.017 Personen (37%)** ist der Ausgangsort unbekannt.

Im Gegensatz zum August blieb die Anzahl an Abreisen aus Libyen ähnlich, während die aus Tunesien deutlich zurückging. Allerdings stieg in diesem Monat die Zahl der Personen, deren Ausgangsort unbekannt ist. Die Menschenrechtslage in den nordafrikanischen Transitländern bleibt für Menschen auf der Flucht katastrophal, insbesondere für Menschen aus Subsahara-Afrika.

Libyen

Im September begünstigten die von der [EU unterstützte Gesetzlosigkeit](#) und Straflosigkeit weiterhin die Gewalt gegen Menschen auf der Flucht im zentralen Mittelmeerraum.

In diesem Monat war deutlich zu spüren, dass die [Migrationsroute von Ostlibyen](#) nach Italien und Griechenland wieder intensiver benutzt wurde. Während die Abfahrten aus Westlibyen weiterhin eine besonders große Rolle für die Mobilität entlang der zentralen Mittelmeerroute spielten, dürften die Abfahrten aus Ostlibyen die Migrationsbehörden im Osten Libyens in Anspruch nehmen und deren Präsenz von Westlibyen weg verlagern. Aufgrund konkurrierender Gruppen in der Region sind die [Preise für Überfahrten](#) aus Ostlibyen gesunken. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Abfahrten aus Tobruk im Osten Libyens zu verzeichnen. Die von der EU finanzierten libyschen Behörden reagieren auf diese Verschiebung mit einer Zunahme von Menschenrechtsverletzungen.

[Illegale Pushbacks](#) auf See durch die sogenannte libysche Küstenwache und [willkürliche Festnahmen](#) im Land finden weiterhin statt. Gleichzeitig hat das Ausmaß der [Pushbacks](#) aus Libyen in andere Länder erheblich zugenommen. Hunderte von Menschen, vor allem aus dem [Sudan](#), [Somalia](#), dem [Irak](#), [Bangladesch](#), dem [Tschad](#) und [Nigeria](#), wurden abgeschoben. Selbst Menschen mit [Infektionen](#) werden inhaftiert, gefoltert und ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand [aus Libyen ausgewiesen](#). Während die Inhaftierung in Libyen mit Menschenrechtsverletzungen einhergeht, setzen Zurückweisungen aus Libyen die Menschen auf der Flucht Repressionen in den Ländern aus, in die sie zurückgedrängt werden. Tobruk und [seine Umgebung](#) bilden einen Migrationsknotenpunkt für die Weiterreise nach Europa im Osten Libyens und wurden im September zum Schauplatz willkürlicher Massenverhaftungen, Misshandlungen und anderer Formen rassistischer und geschlechtsspezifischer Gewalt. Am 23. September wurden innerhalb

³ Die Zahl dürfte deutlich höher liegen, doch gab es in letzter Zeit kaum Informationen über Abreisen oder Pullbacks aus Tunesien

weniger Stunden mehr als [2.000](#) Menschen willkürlich von EU-finanzierten libyschen Behörden und Streitkräften festgenommen. Durch kontinuierliche Razzien basierend auf rassistischen Zuschreibungen (Racial Profiling) stieg die Zahl am Tag danach auf [4.000 Festnahmen](#). Vorwiegend Schwarze Menschen wurden von libyschen Behörden zusammengetrieben und misshandelt.

Das Ausmaß und die rassistisch motivierte Ausrichtung der Festnahmen erinnern an die Ereignisse in [Tripolis im Jahr 2021](#). Damals versuchten die libyschen Behörden, Menschen auf der Flucht und andere Personen, die als Migrant*innen wahrgenommen wurden, im Westen Libyens durch Menschenrechtsverletzungen abzuschrecken. Im September dieses Jahres versuchten die von der EU finanzierten libyschen Behörden, dasselbe im Osten Libyens zu tun.

[Gewalt ist allgegenwärtig](#) und ein fester Bestandteil der Abschreckungspolitik im Bereich Migration. Die Zunahme der Überfahrten aus Ostlibyen ging mit einer Verschärfung restriktiver Maßnahmen gegen Menschen auf der Flucht sowie gegen Personen einher, die allgemein als Migrant*innen wahrgenommen werden.

In diesem Monat veröffentlichte ein nigerianischer Journalist [einen investigativen Bericht über seine Reise](#) von Kano in Nigeria nach Tripolis in Libyen. Darin dokumentiert er Geschichten über Tod, Hunger, Vergewaltigung, Entmenschlichung, psychische Misshandlung, körperliche Gewalt, Entführungen, Folter und moderne Formen der Versklavung von Schwarzen Menschen.

Der Rassismus gegen Schwarze Menschen in Libyen verschärft sich, unter anderem aufgrund weit verbreiteter Hasskampagnen im Internet. [Menschenrechtsorganisationen haben davor gewarnt](#), dass Debatten über Migration in Libyen zunehmend von Falschinformationen, Hassreden, Verhaftungen und Abschiebungen begleitet werden. Besonders betroffen davon sind insbesondere Menschen auf der Flucht und Asylsuchende aus Subsahara-Afrika.

Seit Ende 2025 verschärfte sich der Hass gegen Menschen, die als Ausländer*innen wahrgenommen wurden, [zunehmend und eskalierte im September](#). Die nationalistische Bewegung „No to Resettlement“ (= „Nein zur Umsiedlung“) eskalierte von digitalen und rechtlichen Aktivitäten hin zu körperlicher Gewalt und rassistischen Angriffen. Der Angriff auf ein [IOM-Zentrum in Tripolis am 7. September](#) kann im Kontext dieser Entwicklung betrachtet werden. Dabei hängen [Angriffe auf Einrichtungen](#), die Migrant*innen helfen, zusammen. Die Bewegung lehnt die Migrationspolitik der EU und Libyens Rolle in diesem Zusammenhang ab. Gleichzeitig richtet sie ihren Hass gegen Menschen auf der Flucht, insbesondere gegen Schwarze Menschen.

[Nachdem Drohungen verbreitet wurden](#), in denen Menschen, die als Migrant*innen wahrgenommen werden, aufgefordert wurden, das Land vor dem 1. Oktober zu verlassen, besteht die Gefahr einer

weiteren Eskalation. Die sich zuspitzende Lage löste Angst in den migrantischen Communities in Libyen aus. Die Taktik der Zwangsvertreibung, die von den libyschen Behörden gegen Personen angewendet wird, die als Migrant*innen wahrgenommen werden, ist systematisch. Im Inland üben die libyschen Behörden Druck durch Unsicherheit und rassistisch motivierte Gewalt aus. Außenpolitisch werden bilaterale Beziehungen aufgebaut und Rückführungen organisiert, die [international](#) anschließend als vermeintlich freiwillige Rückkehr dargestellt werden können. Diese erzwungenen „freiwilligen“ Rückführungen beruhen auf Vereinbarungen, denen Menschen auf der Flucht unter Zwang zustimmen, sowie auf [bilateralen Abkommen zwischen Staaten](#). Im September hat Libyen einen bilateralen Austauschkanal mit [Somalia](#) und [Äthiopien](#) wiederhergestellt.

Tunesien

Auch in Tunesien wird der Regierung vorgeworfen, Menschenrechtsverletzungen zu nutzen, um Menschen [zu freiwilligen Rückführungen zu zwingen](#). Im September nahm das Ausmaß der erzwungenen „freiwilligen“ Rückführungen aus Tunesien [erheblich zu](#). Menschen auf der Flucht in eine schutzlosen Lage zu versetzen macht sie verletzlich und zum Ziel rassistischer Gewalt. Während sie in Tunesien in einer Situation der Unsicherheit und Gewalt feststecken, bringen die als freiwillig dargestellten Abschiebungen die Menschen auf der Flucht in ihren Herkunftsländern in Gefahr. Menschenrechtsorganisationen berichten unabhängig voneinander von [tödlichen](#) Zurückweisungen und dem sich abzeichnenden Trend zu Abschiebungen in andere Länder als ihre Heimatländer als bewusste Zurückweisungsstrategie.

Der Fall Giulio Regeni

Am 28. September wurden drei ägyptische Sicherheitsbeamte [von einem Gericht in Rom](#) wegen schwerer Entführung von Giulio Regeni für schuldig befunden und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Regeni war Doktorand an der Universität Cambridge, als er 2016 während einer Forschungsreise in Ägypten verschwand. Seine Leiche wurde in Kairo mit Folterspuren aufgefunden. Seitdem [weigerten](#) sich die ägyptischen Behörden, zu kooperieren, schützten die Angeklagten, bestritten jegliche staatliche Beteiligung und äußerten sich nicht zu dem italienischen Gerichtsurteil vom September. Ungeachtet des Urteils beabsichtigt die italienische Regierung, [ihre bilateralen Beziehungen zu Ägypten](#) als wichtigem Partner in den Bereichen Migration und Energiesicherheit aufrechtzuerhalten

Todesfälle und Vermisste

Im zentralen Mittelmeer ist die Gesamtzahl der Todesfälle, der Vermissten und der Menschen, deren Schicksal unbekannt ist, in diesem Monat erneut gestiegen. Nach Angaben von *borderline-europe* starben in diesem Monat **12** Menschen bei der Überquerung des zentralen Mittelmeers, sechs weitere gelten als vermisst. Beide Zahlen liegen deutlich unter denen vom August, als **104** Menschen starben und niemand als vermisst galt. Die Zahl der Menschen, deren Schicksal weiterhin unbekannt ist, ist jedoch deutlich von **21** auf **136** gestiegen. Somit stieg die Gesamtzahl von August bis September um rund **30 %**.

Die **Internationale Organisation für Migration (IOM)** hat im September **46** Todesfälle und Vermisste dokumentiert, was deutlich über unseren Zahlen liegt. Das zeigt, wie schwierig es ist, Informationen zu beschaffen. Mitte September veröffentlichte die **IOM** zudem einen Bericht, in dem festgestellt wurde, dass zwar die Zahl der Ankünfte zurückgeht, die Zahl der Todesfälle im Vergleich zum Vorjahr jedoch steigt. Ihren Zahlen zufolge sind in diesem Jahr bis September im gesamten Mittelmeerraum **2.292** Menschen ums Leben gekommen oder als vermisst gemeldet worden. Im zentralen Mittelmeerraum stiegen die Todesfälle und Vermisstenfälle ebenfalls von 844 auf 996, während die Zahl der Ankünfte um **55 %** zurückging. Die zentrale Mittelmeerroute bleibt daher die „[tödlichste bekannte Migrationsroute der Welt](#)“.

Diese Zahlen geben nur einen Bruchteil der Todesfälle und Vermisstenfälle im Mittelmeer wieder, da zahlreiche Schiffsunglücke nach wie vor nicht dokumentiert sind.

Push- und Pullbacks:

In diesem Monat haben wir **26** Fälle verzeichnet, bei denen insgesamt **1.184** Menschen an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt wurden. Alle abgefangenen Personen wurden gewaltsam nach Libyen zurückgeschickt. Leider liegen bei *borderline-europe* keine Daten zu Rückführungen nach Tunesien vor, was jedoch nicht bedeutet, dass es keine gab. Diese Zahlen sind generell nur Schätzungen. Die tatsächliche Zahl der nicht gemeldeten Fälle dürfte weitaus höher liegen. Es kommt zudem zu weiteren Abfangaktionen und Rückführungen in andere Ausreiseländer. Im Vergleich zum [August](#), als **1.060** Pullbacks nach Libyen dokumentiert wurden, blieb die Zahl in diesem Monat etwa gleich. Dies deutet darauf hin, dass die sogenannte libysche Küstenwache, die größtenteils von Italien und anderen EU-Mitgliedstaaten finanziert und ausgerüstet wird, weiterhin aktiv Boote auf dem Weg nach Europa abfängt und gewaltsam nach Libyen zurückführt.

Ziviler Widerstand

Im September waren **acht** Schiffe der zivilen Seenotrettungsflotte im zentralen Mittelmeer im Einsatz und retteten insgesamt **481** Menschen in Seenot (**18 %** der Gesamtzahl der Ankünfte, **7 %** weniger als im August).

Ein Einsatz, drei Rettungen durch die „Ocean Viking“

Am 8. September führte die Besatzung der [„Ocean Viking“](#) (SOS Méditerranée) drei Rettungen in einem einzigen Einsatz durch, die alle in der maltesischen SAR-Zone stattfanden. Insgesamt retteten sie **78** Menschen. Die erste Rettung erfolgte aufgrund eines Notrufs über Alarm Phone, der vom Flugzeug SeaBird 3 (Sea-Watch) bestätigt wurde. **17** Menschen wurden gerettet. Kurz darauf entdeckte die SeaBird 3 ein weiteres Boot in Not in der Nähe der „Ocean Viking“, und weitere 16 Menschen wurden gerettet. Bei der letzten Rettung handelte es sich um ein Schlauchboot mit 45 Menschen an Bord, das zunächst von Frontex und anschließend auch von der SeaBird 3 gesichtet wurde. Nachdem die Ocean Viking alle gerettet hatte, wies Italien Salerno als Anlegehafen zu. Dieser ist weit entfernt und wurde anstatt eines näher gelegenen Hafens zugewiesen. Da sich unter den Geretteten jedoch ein zwei Tage altes Neugeborenes in kritischem Zustand befand, musste es zusammen mit seiner Mutter und seiner Schwester medizinisch von der Ocean Viking evakuiert werden. Italien hielt die Ocean Viking wegen dieser Rettung nicht fest.

Neue Schiffe für „Mediterranea Saving Humans“

[„Mediterranea Saving Humans“](#) startet im Oktober mit zwei neuen Segelbooten in seiner Flotte: der „Blue Moon“ und der „Blue Soleil“. Die „Blue Soleil“ war ursprünglich Teil der „Thousand Madleens to Gaza“, einer Flotte, die versuchte, die israelische Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Nun wird sie Teil der zivilen Seenotrettungsflotte im Mittelmeer. Die Besatzungen bestehen aus Mitgliedern von Mediterranea Saving Humans und acht jungen Aktivist*innen des in Rom ansässigen Kollektivs Nereidi. Mit nun fünf Booten werden sie die Präsenz ziviler Such- und Rettungsorganisationen auf See weiter verstärken.

Festhaltung, Geldstrafen und weit entfernte Häfen: Wie Italien Rettungsaktionen auf See blockiert

Wie immer behindert die italienische Regierung weiterhin zivile Seerettungseinsätze. In diesem Monat wies sie zweimal einen weit entfernten Hafen in der Toskana zu, was den Rettungsschiffen wertvolle Zeit kostete. Dies ist dieselbe Strategie der Zuweisung weit entfernter Häfen, die bereits bei der „Ocean Viking“ angewendet wurde. [Mit ihrem neuen](#) Boot hoffte SOS Humanity, diese Strategie zu umgehen, indem sie ein kleines Schiff einsetzte, sodass Italien keine entfernten Häfen zuweisen kann. Doch das hinderte Italien nicht daran, zivile

Seenotrettung auf andere Weise zu behindern. Unmittelbar nach dem ersten Einsatz mit zwei aufeinanderfolgenden Rettungen Ende August hielt die [italienische Regierung die „Humanity 2“ 15 Tage lang fest](#) und verhängte eine Geldstrafe in Höhe von 1.200 € wegen Nichtbefolgung der Anweisung, nach der ersten Rettung im Hafen zu bleiben. SOS Humanity weist diesen Vorwurf zurück. Es war die zehnte Festhaltung eines Schiffes der „Justice Fleet“.

Die [„Justice Fleet“](#) ist ein Bündnis ziviler Such- und Rettungsorganisationen. [Kurz nach der Festsetzung der „Humanity 2“](#) verhängte Italien gegen die „Sea Punk 1“, die ebenfalls Teil der „Justice Fleet“ ist, eine weitere 15-tägige Festsetzung sowie eine Geldstrafe in Höhe von 7.500 €. Italien zufolge habe die „Sea Punk 1“ während eines Rettungseinsatzes am 10. September die Anweisungen der sogenannten libyschen Küstenwache nicht befolgt. Einer der Grundsätze der Justice Fleet ist es, nicht mit Libyen zusammenzuarbeiten, da das Land nicht als sicherer Ort für Migrant*innen angesehen werden kann. Dennoch finanzieren Italien und die EU weiterhin Libyen und seine sogenannte libysche Küstenwache, während sie gleichzeitig die zivilen Rettungseinsätze dafür bestrafen, dass diese sich weigern, mit ihnen zusammenzuarbeiten. [Das italienische Verfassungsgericht](#) entschied jedoch im Jahr 2025, dass Kapitän*innen nur Anordnungen befolgen dürfen, die im Einklang mit dem Völkerrecht sind, und das [Zivilgericht von Crotone](#) erklärte bereits im Jahr 2023, dass das libysche Rettungs-Koordinierungszentrum und die sogenannte Küstenwache nicht als legitime Such- und Rettungskräfte gelten. Erst in diesem Monat befand das Gericht von Neapel die Festsetzung der [„Sea-Watch 5“](#) im [August 2026](#) als unrechtmäßig, auch weil die Besatzung nicht mit der sogenannten libyschen Küstenwache zusammengearbeitet hatte. Es bleibt daher abzuwarten, ob auch diese Festsetzung der „Sea Punk 1“ aufgehoben wird. Diese Gerichtsurteile haben die italienischen Behörden jedoch nicht davon abgehalten, weiterhin Schiffe festzuhalten. Allein in diesem Jahr haben sie den Einsatz von Seenotrettungsschiffen bereits für mehr als 200 Tage verhindert.

28 gerettet, zwei Leichen und sechs weiterhin vermisst

In der Nacht vom 29. September rettete [Sea-Watch](#) mit seinem Schiff „Aurora“ **28** Menschen. Italienische, maltesische und libysche Behörden sowie Frontex waren bereits über ein Schiff in Not informiert worden, nachdem Alarm Phone sie alarmiert hatte. Das war 12 Stunden vor der Ankunft der „Aurora“. Als die Sea-Watch-Crew den Unfallort erreichte, befanden sich noch **fünf** Menschen und **zwei** Leichen an Bord des havarierten Bootes, darunter ein Kind. Weitere **23** Menschen aus demselben Schiffsunglück wurden kurz danach von der „Aurora“ bei der tunesischen Gasplattform „Hasdrubal“ gerettet, wo sie versucht hatten, sich selbst zu retten. Mindestens **sechs** Menschen werden noch vermisst, darunter auch Kinder. Sea Watch wirft Frontex

vor, beim Schiffbruch bewusst nicht geholfen zu haben und hat Frontex daher aufgefordert, die Unterlagen zu diesem Fall vorzulegen.

Auch dieser Monat zeigt erneut, unter welchen widrigen Bedingungen die zivile Seenotrettung im zentralen Mittelmeer arbeitet. Zahlreiche Schiffbrüche, Todesfälle und gescheiterte Rettungsaktionen gehen einher mit der anhaltenden Kriminalisierung von Nichtregierungsorganisationen. Während die italienische Regierung versucht, die zivile Seerettung in Verwaltungsverfahren, Inhaftierungen und Bürokratie zu ersticken, ertrinken weiterhin Menschen im Mittelmeer.

KONTAKT

Palermo Büro [borderline-europe](https://www.borderline-europe.de)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de>
italia@borderline-europe.de